



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SOA/06/2013  
**Gremium:** Sozialausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 06.11.2013  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Hinweis:**

### **A. TAGESORDNUNG**

---

#### **I. Öffentlicher Teil**

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. Bericht aus dem Behindertenbeirat
5. Bericht aus dem Integrationsrat
6. Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2014/2015 und des Haushaltssanierungsplans 2014/2015  
Anlage: Auszug für die Beratung im Sozialausschuss
7. Bericht des Arbeitskreises Sexualpädagogik und Aids-Prävention
8. Vorstellung des Kommunalen Integrationszentrums
9. Geschäftsbericht 2012 des Fachbereichs Jugend und Soziales  
Vorlage: 0534/2013
10. Jahresbericht 2012 der Wohlfahrtsverbände  
Vorlage: 0535/2013
11. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



## II. Nichtöffentlicher Teil

---

1. Mitteilungen
2. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Frau Priester-Büdenbender begrüßt die Anwesenden recht herzlich zur heutigen Sitzung des Sozialausschusses.

Sie bittet um Erweiterung der Tagesordnung dahingehend, dass die Wohlfahrtsverbände gebeten hätten, ein kurzes Statement zu den Haushaltssanierungsmaßnahmen abzugeben.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Weiterhin teilt sie mit, dass der Punkt 7 – Bericht des Arbeitskreises Sexualpädagogik und Aids-Prävention – heute entfallen müsse, weil Herr Rau erkrankt sei.

#### **2. Mitteilungen**

Herr Dr. Schmidt berichtet über die Entwicklung über die Einrichtung einer kooperativen Suchthilfeplanung (**siehe Anlage zu TOP 1**).

Herr Steuber informiert über eine Entscheidung des Landessozialgerichtes NRW zum SGB II. Inhalt dieser Entscheidung sei, dass rumänische Staatsangehörige, die sich nach längerer objektiv aussichtsloser Arbeitssuche weiter im Bundesgebiet gewöhnlich aufhielten, Ansprüche auf Leistungen der Grundsicherung zuerkannt bekommen hätten. Dieses Urteil sei noch nicht rechtskräftig. Die Kommunen hätten sich entschlossen, eine höchstrichterliche Entscheidung zu diesem Rechtsstreit abzuwarten.

Weiterhin teilt er mit, dass sich die Regelsätze zum 01.01.2014 erhöhten. Das hätte finanzielle Konsequenzen. Für den Asylbewerberleistungsbereich ergäben sich Mehrkosten in Höhe von 25.000 € und für die Grundsicherung 420.000 €. Die Grundsicherung würde allerdings ab 2014 zu 100 % vom Bund erstattet.

Er berichtet, dass am 22.11.2013 der fünfte Hagener Demenztag stattfindet.

Die Verwaltung sei angesprochen worden hinsichtlich eines sogenannten Gedenkgottesdienstes für „Unbedachte“. Es gebe in Hagen ca. 150 Menschen, die ohne einen sozialen Kontakt beerdigt würden. Die evangelische und die katho-



sche Kirche hätten sich entschlossen, für diese „Alleinverstorbenen“ zweimal im Jahr einen Gedenkgottesdienst zu feiern. Es gebe im Moment dazu ein paar datenschutzrechtliche Überlegungen. Man hoffe, dieses Vorhaben im nächsten Jahr durchführen zu können.

Weiterhin informiert er darüber, dass es in Hagen einen neuen Mietspiegel gebe.

Es habe zahlreiche Anfragen in den verschiedenen Gremien gegeben, wann die Stadt Hagen sich zu den Kosten der Unterkunft neu positionieren werde. Man habe deshalb die Entscheidung getroffen, dazu ein schlüssiges Konzept gestalten zu lassen. Das sei eine Anforderung, die das Bundessozialgericht in den letzten Jahren konzipiert habe.

Zum Thema „Sozialticket“ kann er die erfreuliche Mitteilung machen, dass man vom zuständigen Ministerium die schriftliche Bestätigung bekommen habe, dass das in Hagen praktizierte Verfahren rechtens sei.

Weiterhin informiert er über die beiden Vorlagen –Machbarkeitsstudie „Interkommunales Projekt B7>17“- und –Änderung der Richtlinien der Stadt Hagen über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Wohnumfeldverbesserungen durch die Gestaltung von privaten Hof- und Hausflächen-, die angesichts der ausgefallenen Sitzung des Sozialausschusses am 18.09.2013 nicht mehr hätten beraten werden können. Man könne diese Vorlagen nur noch zur Kenntnis nehmen, weil die zuletzt entscheidenden Gremien bereits entschieden hätten.

Frau Priester-Büdenbender weist auf die Einladung zu den „Offenen Tagen“ der Aids-Hilfe am 28. und 29.11.2013 hin. Um zahlreiche Teilnahme werde gebeten.

### **3. Bericht aus dem Seniorenbeirat**

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat.

### **4. Bericht aus dem Behindertenbeirat**

entfällt



5. **Bericht aus dem Integrationsrat**

entfällt

6. **Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2014/2015 und des Haushaltssanierungsplans 2014/2015**

**Anlage: Auszug für die Beratung im Sozialausschuss**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Priester-Büdenbender begrüßt Frau Walter und Frau Reimann vom Fachbereich Finanzen und Controlling.

Frau Walter gibt eine kurze Einführung in die Systematik des Haushaltsplanentwurfes.

Herr Dr. Schmidt beantwortet eine Frage von Frau Buchholz zu den Grundsicherungsleistungen und den Leistungen für Asylbewerber.

Herr Gierke ergänzt die Ausführungen.

Frau Priester-Büdenbender lässt über den Haushaltsplanentwurf 2014/2015 abstimmen.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2014/2015 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen			2
FDP	1		
Hagen Aktiv	1		
Die Linke			1

Einstimmig beschlossen

Dafür: 12

Dagegen: 0

Enthaltungen: 3



Frau Priester-Büdenbender stellt fest, dass man jetzt zu der Beschlussfassung der Haushaltssanierungsmaßnahmen käme.

Sie schlägt vor, diese zu beraten, aber nicht darüber abzustimmen, sondern an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen. Sie fragt, ob die Ausschussmitglieder mit diesem Verfahren einverstanden sind.

Frau Cramer ist der Meinung, dass der Sozialausschuss sich positionieren sollte.

Frau Helling-Plahr teilt die Auffassung, dass zu jeder Haushaltssanierungsmaßnahme ein Stimmungsbild des Sozialausschusses eingeholt werden sollte.

Frau Fischbach schließt sich an, dass der Sozialausschuss zumindest ein Meinungsbild an den Haupt- und Finanzausschuss geben sollte.

Auch Herr Hentschel befürwortet eine Abstimmung der Maßnahmen.

Frau Priester-Büdenbender stellt fest, dass von Seiten der Mitglieder des Sozialausschusses gewünscht sei, über jede Maßnahme abstimmen zu lassen. So werde man jetzt verfahren.

Frau Helling-Plahr schlägt vor, ein Stimmungsbild des Sozialausschusses zu jeder Maßnahme einzuholen, aber nicht darüber abzustimmen.

Frau Sauerwein plädiert dafür, dass der Sozialausschuss in jedem Fall über die Maßnahmen abstimmen solle.

Herr Dr. Schmidt macht deutlich, dass bei den Beschlüssen, die der Rat fassen müsse, die Beschlüsse der vorlaufenden Ausschüsse in jedem Fall ein Meinungsbild abbildeten. Von daher könne man jeden Beschluss, für den man nicht abschließend zuständig sei, als Meinungsbild bezeichnen.

Herr Hentschel spricht sich noch einmal für eine Beschlussfassung aus. Diese habe seines Erachtens einen stärkeren Einfluss auf den Rat als eine Empfehlung.

Vor der Beschlussfassung über die Haushaltssanierungsmaßnahmen gibt Frau Priester-Büdenbender den Vertretern der Wohlfahrtsverbände Gelegenheit, eine Stellungnahme zu den Sparvorschlägen der Verwaltung abzugeben.

Frau Weickenmeier, Herr Puder und Frau Rupa machen deutlich, welche Konsequenzen die Umsetzung der Sparvorschläge der Verwaltung hätten (**siehe Anlage zu TOP 6**).



Im Folgenden nimmt der Sozialausschuss den Haushaltssanierungsplan 2014/2015 zur Kenntnis und fasst folgende Beschlüsse zu den neuen Maßnahmenvorschlägen:

Seite	VB	Amt/ Maßnahmen-Nr.	
172	VB 1	FB/OB 14_FBOB.003	Einstellung des Zuschusses für die Beratungsstelle (Opfer von Menschenhandel)

Frau Sauerwein erinnert daran, dass man in der Vergangenheit sehr ausführlich über die Notwendigkeit der Beratungsstelle gesprochen habe. Es habe sie seinerzeit beeindruckt, wie viele Kinder über diese Stellen betreut würden. Die Problematik von Menschenhandel und Zwangsprostitution werde zunehmen. Unter diesem Aspekt könnten diese Stellen nicht wegfallen und müssten erhalten bleiben.

Herr Hentschel stimmt den Ausführungen zu. Wenn einem Opfer von Menschenhandel durch die Beratungsstelle geholfen werden könne, sei der Zuschuss bereits mehr als gerechtfertigt.

Herr Ciupka berichtet, dass man ihm von Seiten der Polizei keinen Fall von Menschenhandel habe nennen können. Daher frage er sich, ob man zwangsläufig voneinander wisse oder ob die Beratung außerhalb von Ermittlungsdingen stattfinde.

Frau Priester-Büdenbender merkt an, dass die Beratungsstelle der Diakonie Mark-Ruhr dazu folgende Information gebe:  
 „2009 seien 58 Frauen aus 22 Ländern betreut worden. Davon seien 30 Frauen aus Hagen gewesen.  
 2010 seien 31 Frauen aus 17 Ländern betreut worden. Davon seien 25 Frauen aus Hagen gewesen.  
 2011 seien 29 Frauen aus 15 Ländern betreut worden. Davon seien 25 Frauen aus Hagen gewesen.  
 Bezug nehmend auf die Aussage von Herr Ciupka weist sie darauf hin, dass diese Frauen nicht zwangsläufig mit Kriminalität zu tun hätten.“

Frau Fischbach macht deutlich, dass sie in allen Maßnahmen, die hier diskutiert würden, natürlich den Sinn der Maßnahme sehe und dass es wichtig sei, diese zu erhalten. Auf der anderen Seite sehe sie die finanzielle Situation dieser Stadt und dass es sich zum Beispiel bei dieser Maßnahme nicht um eine Pflichtaufgabe der Stadt handele. Soweit sie informiert sei, befinde sich die nächste Beratungsstelle in Dortmund. Dort hätten die Frauen die nächste Anlaufstelle, die in kurzer Zeit mit dem Bus zu erreichen sei. Wenn man das Wohl der Stadt im Auge habe, müsse man einmal anders argumentieren.

Frau Buchholz berichtet aus ihrer beruflichen Tätigkeit.



Es handele sich um einen städtischen Zuschuss. Als die Diakonie in der Vergangenheit hier eingestiegen sei, sei zugesichert worden, dass diese keine Eigenmittel einbringen müsse. Trotz des Zuschusses sei das nicht mehr der Fall. Wenn der Zuschuss wegfalle, sei die gesamte Arbeit gefährdet. Die Frauen würden nicht nur beraten, sondern individuell betreut.

Herr Hentschel weist darauf hin, dass in der Vergangenheit gesagt worden sei, dass für den Fall, dass die Stadt Hagen sich aus der Beratungsstelle herausziehe, die Stadt Dortmund ihre Konsequenzen ziehen werde.

Frau Priester-Büdenbender formuliert den Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Sozialausschuss lehnt die Einstellung des Zuschusses für die Beratungsstelle (Opfer von Menschenhandel) ab.

### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	1	4	
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
FDP		1	
Hagen Aktiv	1		
Die Linke	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 10  
Dagegen: 5  
Enthaltungen: 0





Seite	VB	Amt/ Maßnahmen-Nr:	
172	VB 3	55/ 14_55.013	Streichung des Zuschusses Freiwilligenzentrale

Herr Hentschel weist darauf hin, dass durch das persönliche Engagement viel Geld gespart würde. Die Freiwilligenzentrale unterstütze die Verwaltung in hohem Maße und daher könne ihr nicht die Basis entzogen werden. Er lehne die Streichung des Zuschusses ab.

Frau Priester-Büdenbender macht deutlich, dass die Zuwendung als Anschubfinanzierung gedacht gewesen sei und nicht als Dauerfinanzierung.

Frau Sauerwein macht deutlich, wie wichtig die Arbeit der Freiwilligenzentrale sei. In dem Bereich stecke so viel Engagement, dass es fatal sei, den Zuschuss zu streichen.

Frau Kramps erinnert daran, dass man immer davon rede, dass man das Ehrenamt brauche. Sie bittet eindringlich, das in Hagen nicht zu zerstören. Es sei ganz wichtig, dass Aufgaben, die man so nicht mehr finanzieren könne, die aber für die Allgemeinheit von großem Wert seien, durch das Ehrenamt weitergeführt werden könnten.

Frau Priester-Büdenbender formuliert den Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Sozialausschuss lehnt die Streichung des Zuschusses an die Freiwilligenzentrale ab.

### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	1		4
SPD	4	1	
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
FDP		1	
Hagen Aktiv	1		
Die Linke	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 9  
 Dagegen: 2  
 Enthaltungen: 4



Seite	VB	Amt/ Maßnahmen-Nr:	
172	VB 3	55/ 14_55.155	Zuschusskürzung Seniorenbegegnungsstätten

Herr Söhnchen erklärt sich für befangen.

Frau Sauerwein erklärt, dass sie sich als Vorsitzende des Seniorenbeirates besonders berufen fühle, dafür zu kämpfen, dass dieser Zuschuss auf gar keinen Fall gekürzt werden dürfe. Die Begegnungsstätten müssten erhalten bleiben. Die Altersarmut werde zunehmen und vielfältigste Aufgaben kämen auf die Begegnungsstätten zu. Daher könnten die Rahmenbedingungen nicht verschlechtert werden.

Frau Priester-Büdenbender formuliert den Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss lehnt die Zuschusskürzung bei den Seniorenbegegnungsstätten ab.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	2	3	
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
FDP		1	
Hagen Aktiv	1		
Die Linke	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 10  
 Dagegen: 4  
 Enthaltungen: 0



Seite	VB	Amt/ Maßnahmen-Nr:	
172	VB 3	55/ 14_55.157	Verträge mit fünf Hagener Wohlfahrtsverbänden, hier: Wegfall der Pauschalzuweisung

Frau Priester-Büdenbender formuliert den Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss lehnt den Wegfall der Pauschalzuweisung für die fünf Hagener Wohlfahrtsverbände ab.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	1	4	
SPD	3		2
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
FDP		1	
Hagen Aktiv	1		
Die Linke	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 8  
 Dagegen: 5  
 Enthaltungen: 2



Seite	VB	Amt/ Maßnahmen-Nr:	
172	VB 4	53/ 14_53.001	Wegfall der Zuschussgewäh- rung an die Schwangerschafts- konfliktberatung

Herr Böcker fragt, ob für diese Zahlung nicht das Land zuständig sei. Wenn es so sei, warum übernehme das Land nicht diese Kosten?

Herr Dr. Schmidt bestätigt, dass es sich um ein Landesgesetz handele. Es handele sich um eine freiwillige Aufgabe. Aus Gründen der Konnexität wäre es Aufgabe des Landes, diese Aufgabe zu finanzieren. Dass die Kommune hier einspringe, habe eine ganz lange Tradition.

Frau Priester-Büdenbender formuliert den Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss lehnt die Einstellung der Zuschüsse an die Schwangerschaftskonfliktberatung ab 2016 ab.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	1	4	
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
FDP		1	
Hagen Aktiv	1		
Die Linke	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür:            10  
 Dagegen:        5  
 Enthaltungen: 0



Seite	VB	Amt/ Maßnahmen-Nr:	
173	VB 2	FB/OB/ 14_FBOB.007	Zusammenlegung Jugend- und Sozialausschuss

Frau Priester-Büdenbender stellt fest, dass die Maßnahme „Zusammenlegung Jugendhilfe- und Sozialausschuss“ von der Verwaltung zurückgezogen wurde.

## 7. Bericht des Arbeitskreises Sexualpädagogik und Aids-Prävention

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt, da Herr Rau erkrankt ist.

## 8. Vorstellung des Kommunalen Integrationszentrums

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Priester-Büdenbender begrüßt ganz herzlich die Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums Frau Keller zu dem Tagesordnungspunkt.

Frau Keller stellt das Kommunale Integrationszentrum vor (**siehe Anlage zu TOP 8**).

Frau Buchholz lobt die Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums. Sie bedankt sich für das Engagement.

Frau Sauerwein stellt eine Frage zu den Seiteneinsteigerklassen. Wie seien die Schulen auf den vermehrten Ansturm eingestellt?

Diese Frage kann Frau Keller nicht beantworten. Das übersteige ihre Kompetenz.

Man stehe allerdings im Austausch mit dem Schulamt und versuche, auf die Entwicklungen zu reagieren.

Herr Ciupka möchte wissen, wie lange die Fördermittel zugesagt seien und ob es einen Schlüssel gebe, nach der die Zuwendung bemessen sei.



Frau Keller und Herr Dr. Schmidt beantworten die Fragen. Der Zuschuss sei im Gesetz so festgelegt und sei unbefristet.

Frau Priester-Büdenbender bedankt sich bei Frau Keller für den Vortrag und wünscht weiterhin alles Gute für die Arbeit.

**9. Geschäftsbericht 2012 des Fachbereichs Jugend und Soziales**  
**Vorlage: 0534/2013**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Sauerwein merkt an, dass ihr bei der Durchsicht des Geschäftsberichtes 2012 aufgefallen sei, dass die Stellenkürzungen der letzten Jahre auch im Sozialbereich ihre Spuren hinterlassen hätten. Es zeige sich durchgängig, dass im Sozialbereich eine gewisse Schwelle nach unten erreicht sei, die nicht mehr unterschritten werden dürfe, wenn man die sozialen Strukturen aufrecht erhalten wolle.

In diesem Zusammenhang wolle sie noch einmal darauf hinweisen, dass der Wegfall der Stelle des Seniorenbüros in der Seniorenarbeit große Probleme bereite, da damit eine koordinierende Stelle weggefallen sei. Das sei nur ein kleines Beispiel.

Es falle auf, dass das Konnexitätsprinzip ständig verletzt werde. So gehe es nicht weiter.

Frau Priester-Büdenbender gibt Frau Sauerwein recht. Genau aus diesem Grund müsse man dem Fachbereich dankbar sein, dass dieser noch so viele Dinge leiste.

Sie lässt ihren Dank an alle Mitarbeiter ausrichten.

Herr Dr. Schmidt macht deutlich, dass es ein Weg sei, alle Bereiche gleich zu belasten. Der andere Weg sei, bestimmte Bereiche hochzuhalten, dafür andere Bereiche einzusparen. Es liege hier ein ehrlicher Bericht vor, so dass die Ausschussmitglieder gefordert seien, das zu bewerten. Seine persönliche Auffassung sei, dass der Wegfall bestimmter Aufgaben besser sei, um die anderen Aufgaben dann vernünftig durchführen zu können. Der Bericht sei eine Leistungsschau des Fachbereiches, gebe aber auch in einigen Bereichen Alarmsignale.

Frau Priester-Büdenbender schließt diesen Tagesordnungspunkt ab.

**Beschluss:**

Der Geschäftsbericht 2012 des Fachbereiches Jugend und Soziales wird zur Kenntnis genommen.



Zur Kenntnis genommen

**10. Jahresbericht 2012 der Wohlfahrtsverbände  
Vorlage: 0535/2013**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung und die Berichte der Wohlfahrtsverbände zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen

**11. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung**

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18:00 Uhr

gez. Petra Priester-Büdenbender  
Vorsitzende

gez. Sabine Hogrebe  
Schriftführerin